

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Köningstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Zehms, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Aus unserer Textilindustrie. — Die Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft. — Frauenarbeit und Kindererziehung (II). — Eine Sitzung von Vorstandsdelegierten. — Generalversammlung des Dänischen Textilarbeiterverbandes (I). — Allgemeine Wochenchau. — Soziales. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Verbandsanzeigen.

Aus unserer Textilindustrie.

Das Verbot der Verarbeitung der Baumwollgarne von unter Nr. 16 und über 32 zu anderen als solchen Webwaren, die für Seereszwecke in Betracht kommen, zieht auch die Seidenindustrie in Mitleidenenschaft. Es wurden jetzt in immer zunehmendem Umfange Baumwollgarne mit Kunstseide zusammen verarbeitet. Auch sonst braucht die Seidenindustrie die Baumwollgarne zur Herstellung der mannigfaltigsten Waren. Es sind daher Erleichterungen des Verbots für die Seidenindustrie erbeten worden. Gewünscht wurde folgendes:

1. Die Erlaubnis der Verwendung von Nr. 60 englisch einfach aufwärts soll ausgedehnt werden auf die aus diesen freigegebenen Nummern hergestellten zwei- und mehrfachen Garne.
2. Die Bestimmung, daß mit nicht mehr als 5 Schäften gewebt werden darf, soll dahin umgeändert werden, daß die Herstellung von 5 bindigen, vielleicht auch 8 bindigen Geweben zugelassen wird.
3. Es soll die Verwendung derjenigen Mengen Baumwolle gestattet werden, die nötig sind
 - a) Zur Abwehrgung aller Ketten, deren Zettlung (Schierung) vor dem 1. Juli 1915 begonnen worden ist.
 - b) Zur Herstellung von Geweben, für welche dem Verberben ausgefärbte Seiden- oder Kunstseidengarne vor dem 1. Juli 1915 gefärbt vorhanden oder in der Färbung begriffen waren.

Die Ausnahmebestimmungen, die später erlassen worden sind und die wir in voriger Nummer unseres Blattes bekanntgegeben haben, tragen leider diesen Wünschen nur teilweise Rechnung. Gestattet ist, nur Garne Nr. 60 engl. einfach gewirnt zu verarbeiten.

Die vereinigten Frottierwarenfabrikanten in der Reichshauptmannschaft Bauen

haben unter Vorsitz des Kommerzienrats Richter aus Großschönau in Zittau eine Besprechung über das Herstellungsverbot von Baumwollstoffen abgehalten und beschlossen, das preußische Kriegsministerium zu ersuchen, gestatten zu wollen, daß die Vorräte an gebleichten, gefärbten und appretierten Garnen auch nach dem 1. August noch aufgearbeitet werden können. Alle Webereien, die Webwaren für Seereszwecke übernehmen wollen, sollen, wie in der Versammlung verlautete, von der am 1. Juli gegründeten „Kriegszentrale für die deutsche Baumwollindustrie“ prozentual nach der Anzahl der Webstühle beschäftigt werden.

Wie die Ausnahmebestimmungen besagen, ist dem Ersuchen der Frottierwarenfabrikanten, ihre eigenen Vorräte an Warrn auch nach dem 1. August aufarbeiten zu können, stattgegeben worden. Im übrigen ist beachtenswert, daß alle Webereien, die Webwaren für Seereszwecke anfertigen wollen, prozentual nach der Anzahl ihrer Webstühle ihrer Webstühle beschäftigt werden sollen.

Diejenigen, die jetzt ein großes Lager an solchen Waren besaßen, deren Herstellung vom 1. August an verboten ist, machen nun ein Bombengeschäft. Aus Berliner Großistenkreisen schreibt man, daß das Verbot einen Ansturm von Käufern an die vorhandenen Lager zur Folge gehabt hat, wie nie zuvor. Von allen Seiten kommen Anfragen nach sofort lieferbarer Ware, sowohl in rohem, gebleichtem und ganz fertigem Fabrikat. Alle wollen sich auf möglichst lange hinaus decken, namentlich in Stapelwaren. Die Preise spielen gar keine Rolle mehr, nur Ware will man haben, und naturgemäß gingen die Preise entsprechend der stürmischen Nachfrage ebenso stürmisch von Tag zu Tag in die Höhe. Viele Artikel sind heute schon ausverkauft und andere werden folgen.

Soweit die Webereien zur Zeit, als das Herstellungsverbot erschien, noch über ihr Produkt verfügen konnten, werden sie also sehr gute Geschäfte machen. Man sah ja auch, wie sie die kurze Galgenfrist bis zum 1. August ausnutzten. Es wurde noch einmal mit Hochdruck gearbeitet, um noch recht viel fertig zu bekommen. Das Hauptgeschäft werden ja die Baumwollgroßisten machen, da diese in der Regel weit größere Lager besitzen, wie die Webereien.

Inzwischen ist auch ein Verarbeitungsverbot für die Seidenindustrie erschienen. Vom 15. Juli 1915 ab ist verboten:

Die Verarbeitung von roher, unversponnener Bourette-Seide und ungefärbten Bourette-Garnen in allen Nummern zu anderen als Seereszwecken. Als Verarbeitung gilt auch das Färben.

Als Verarbeitung zu Seereszwecken gilt nur:

1. Verarbeitung roher, unversponnener Bourette-Seide zu ungefärbten Garnen, die letzter Hand zur Erfüllung von Aufträgen der Seeresverwaltung bestimmt sind.
 2. Verarbeitung von ungefärbten Garnen zu solchen Stoffen, welche zur Herstellung von Pulverbeuteln dienen, die letzter Hand zur Erfüllung von Aufträgen der Seeresverwaltung bestimmt sind.
- Die Verarbeitung zu Seereszwecken muß durch ordnungsgemäße Ausfüllung eines amtlichen Belegscheines nachgewiesen werden. Soweit ältere Aufträge am Stichtage noch nicht vollständig erledigt sind, ist ein ordnungsgemäß ausgefüllter Belegschein unverzüglich nachzubringen. Die Belegscheine sind vom Webstoffmeldeamt der Kriegs-Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstr. 11, zu beziehen.
- Weiter muß der Bestand sämtlicher nachstehend aufgeführter Gegenstände gemeldet werden:
1. Rohe, unversponnene Bourette-Seide (Seidenabfälle),
 2. ungefärbte Bourette-Garne in allen Nummern,
 3. rohe, unversponnene Seide, geeignet zur Herstellung von Schappe-Seide,
 4. Schappe-Seidengarne:
 - a) einfach bis zur Nummer 100,
 - b) zweifach bis zur Nummer 200/2,
 5. rohe, unversponnene Tuffah-Seide,
 6. ungefärbte Tuffah-Seidengarne in allen Nummern.

Wie der Braunschweiger „Volkshilfsfreund“ berichtet, sollen die 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen der Braunschweiger Aktiengesellschaft für Zuteilung und Flachsindustrie wegen Materialmangel entlassen werden. Uns ist darüber bis jetzt noch nichts gemeldet worden; ebenso dem Zentralvorstand nichts. Es heißt dann weiter in dem Bericht jenes Blattes:

„Die für die Arbeiter in Aussicht stehende Beschäftigungslosigkeit soll aus freiem Willen der Aktiengesellschaft dadurch etwas gemildert werden, daß für die Dauer des Betriebsstillstandes folgende Unterstützungssätze aus den früher gewonnenen reichen Erträgen des Unternehmens gezahlt werden sollen: Wöchentlich erhalten verheiratete Arbeiter 8 Mk., ledige über 17 Jahre 7 Mk., unter 17 Jahren 6 Mk., jede Familie mit zwei Kindern 2 Mk., unter zwei Kindern 1 Mk. extra. Für uneheliche Kinder wird leider nichts gezahlt. Die Fabrikfrankenkasse leistet Unterstützungssätze ebenfalls in angegebener Höhe, nur müssen die Arbeiter anstatt wie bisher ein Drittel, die Hälfte der Beiträge entrichten. Die Beiträge zur Alters- und Invalidenversorgung zahlt die Betriebskasse. Wer in zwischen anderweitig Arbeit erhält, aber wieder arbeitslos wird und sich im Betriebe meldet, erhält die angegebene Unterstützung weitergezahlt. Werksangehörige, die während der ganzen Dauer der Betriebsstörung anderweitig arbeiten, sich aber wieder bei Aufnahme des Betriebes melden, erhalten eine Gratifikation. — So hat hier ein Betrieb gezeigt, schreibt der „Braunschweiger Volkshilfsfreund“, daß bei einigem guten Willen die am schwersten leidenden Opfer des Weltkrieges nicht ganz ohne materielle Hilfe dastehen, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die ausgenutzten Unterstützungen den Zweck haben, dem Betriebe die geschulten Arbeitskräfte zu erhalten.“

Einige weitere Teuerungszulagen sind in Sagan i. Schl. wieder zu verzeichnen. Bewilligt haben: die Firma Saganer Wollspinnerei und Weberei und die Firma Willmann (Flachs-garnspinnerei). In der Mos-Löw-Weberschen Fabrik sind nur teilweise Zulagen bewilligt worden. Diese Firma war der Meinung, daß sie schon die besten Löhne am hiesigen Orte zahle. Zu dieser Angelegenheit meldeten sich einige Kollegen zum Wort, welche der Ansicht sind, daß in der Abteilung Weberei Zulagen notwendig sind. Nach einer längeren Auseinandersetzung wurde beschlossen, zu versuchen, auch dort eine Aufbesserung oder ein anderes Lohnsystem einzuführen.

Aus dem Gau Augsburg wird folgendes über Teuerungszulagen, die auf Grund der Aktion der Textilarbeiterverbände gewährt wurden, berichtet: Es bewilligten:

Augsburg. Weberei und Spinnerei am Sparrenlech. Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. pro Tag. — Buk u. Söhne, Weberei. Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. pro Woche (?) — Mech. Baumwollspinn- und Weberei Augsburg, Spinnerei und Buntweberei Pfersée, Baumwollweberei Bamberg, Baumwollweberei „Mühlbach“, Raff u. Söhne, Baumwollweberei Augsburg-Pfersée, Rammgarnspinnerei Augsburg; Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. pro Tag. Außerdem wird von der zuletzt genannten Firma eine Zulage von 5 bis 8 Proz. zum verdienten Lohn gewährt, solange die Arbeitszeit verkürzt bleibt, wie jetzt im Durchschnitt 45 bis 50 Proz. der normalen Arbeitszeit. — Baumwollspinnerei „am Stadtbach“. Die Firma gewährt nach „Bedürfnis“ an die Koloniebewohner Naturalien (Käse, Bohnen, Erbsen) in ge-

ringen Mengen. Berücksichtigt werden hierbei höchstens 60 bis 70 Personen. Beschäftigt sind bei der Firma: Arbeiter 226, Arbeiterinnen 665 und Jugendliche 82. — Baumwollspinnerei „Senkelbach“. Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. pro Tag. — S. Prinz Nachfolger, Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt. Arbeiter über 18 Jahre 20 Pf., Arbeiter unter 18 Jahren sowie Arbeiterinnen 10 Pf. pro Tag. — M. S. Landauer, Weberei. Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. pro Tag.

Bamberg. Mech. Spinnerei und Weberei, Gaustadt, M.-G. Verheiratete Arbeiter 1,10 Mk., verheiratete Arbeiterinnen 75 Pf. pro Woche. Die ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen 60 Pf. pro Woche. — Seilerwarenfabrik Bamberg. Dieselbe Zulage wie vorstehende Firma.

Bruckmühl. Weiler u. Bauer, Wolleckenfabrik. 10 Proz. Zulage.

Erlangen. Weber u. Ott, Buntweberei. 5 Proz. Zulage.

Forchheim. Weber u. Ott, Buntweberei. 5 Proz. Zulage.

Kempten i. Allgäu. Baumwollspinn- und weberei Kottorn bei Kempten. Das Bier wird trotz Preiserhöhung zum alten Preis geliefert, auch sonstige Lebensmittel, insbesondere Käse, wird zirka 30 Pf. billiger geliefert. Verheiratete können auf Kosten der Firma ihre Kinder in die Kinderbewahranstalt schicken und erhalten diese auch auf Kosten der Firma Suppe aus einer Speiseanstalt.

Immenstadt. Bindfadenfabrik Immenstadt. Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. pro Tag.

Kaufbeuren. Mech. Baumwollspinn- und weberei Kaufbeuren. Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. pro Tag.

Wangen. Baumwollspinnerei Wangen im Allgäu. Bewilligt wurde jedem Arbeiter pro Monat 3 Mk. Verheiratete erhalten für jedes Kind im Alter von 4 Jahren bis zu 14 Jahren, und zwar im ganzen bis höchstens 4 Kinder je 3 Mk. pro Monat extra.

Weiler i. Allgäu. Seinen- und Segeltuchweberei L. M. Strohmeyer. 10 Proz. Zulage.

Kolbermoor. Baumwollspinnerei Kolbermoor. Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. pro Tag.

München. Seilerwarenfabrik Josef Schwai-gers Wm. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen 3 Mk. pro Woche. Für Ueberstunden 25 Proz. Zulage. — Dampf- und Silberpinnerei F. L. Hoeningberger u. Co. Verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen 30 Pf., ledige 15 Pf. pro Tag.

Freising. Feller u. Sohn, Loden- und Cheviotfabrik. Männer über 21 Jahre 1,20 Mk., unter 21 Jahren 80 Pf. pro Woche, verheiratete Frauen und Witwen mit Kindern 1,20 Mk., dieselben ohne Kinder 80 Pf., ebenso unverheiratete Frauen 80 Pf. pro Woche.

München. D. Regensburger, Mech. Weberei. Auf einen schlechtlohnenden Artikel wurde der Akkordsatz um 10 Pf. erhöht. Die männlichen Arbeiter erhielten eine einmalige Zulage von 5 Mk., die weiblichen eine solche von 4 Mk. — Hoffmannsche Wollwarenfabrik. Pro Stunde 1 Pf. Zulage. — Benedikt u. Co., Gold- und Silberpinnerei. Die männlichen Arbeiter erhielten als Teuerungszulagen einmal je 4 Mk. und einmal je 5 Mk.

Roth. Alex Zink, Filzfabrik. Alle männlichen Arbeiter, die über 20 Mk. Wochenverdienst haben, erhalten 1 Mk., die unter 20 Mk. verdienen, 2 Mk. pro Woche, alle Arbeiterinnen 1,50 Mk. pro Woche.

Nicht alle Unternehmer der Textilindustrie haben soviel soziale aber auch betriebswirtschaftliche Einsicht. Aus Neugersdorf z. B. wird berichtet:

„Wie überall, hat auch die Textilarbeiterschaft von Neugersdorf unter den jetzigen Verhältnissen schwer zu leiden. Die Unternehmer, unter denen sich schwerere Fälle Millionenäres befinden, haben bis jetzt sehr wenig Verständnis für die überaus traurige Lage ihrer Arbeiter an den Tag gelegt. Vor einiger Zeit hat bekauntlich die Gauleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes an alle Unternehmer der Oberlausitz einen Antrag gerichtet, ihren Arbeitern eine Teuerungszulage zu bewilligen. Der Erfolg dieses Vorgehens ist allerdings ziemlich gering. Nur wenige Firmen haben seitdem ihren Arbeitern etwas zugestanden. Zu der großen Anzahl der Firmen aber, die auf die Eingabe weder geantwortet noch eine Teuerungszulage bewilligt haben, gehören auch die Neugersdorfer Unternehmer. Im benachbarten Leutersdorf haben verschiedene Firmen ihren Arbeitern wenigstens eine kleine Zulage von 3 und 5 Proz. in Spitzcunnersdorf eine Firma 10 Proz. bewilligt. Die Verdienste werden hier immer geringer, während die Lebensmittelpreise stetig weiter steigen. Um doch noch die Neugersdorfer Unternehmer einer Teuerungszulage geneigt zu machen, sind am 1. Juli aus allen Betrieben eine Anzahl Ausschußmitglieder und Vertrauensleute zusammengetreten. Sie haben nach längerer Beratung beschlossen, die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu beauf-

tragen, erneut an die Neugersdorfer Ortsgruppe des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie eine Eingabe um Bewilligung einer Teuerungszulage zu richten. Die Verbandsleitung ist diesem Auftrag nachgekommen und hat in der Eingabe die Berechtigung und dringende Notwendigkeit einer Teuerungszulage von 20 Proz. ausführlich und gründlich dargelegt. Eine Antwort ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Mehr wie je ist es aber notwendig, den Arbeitern entgegenzukommen. Gerade die Textilarbeiterschaft geht infolge der drohenden Baumwollnot einer äußerst schweren Zeit entgegen. Da dürfte es auch für die Unternehmer ein Gebot der Stunde sein, die Arbeiterkraft, deren Tätigkeit doch in der Hauptsache die Millionenvermögen zu danken sind, der Zeit entsprechend zu entlohnen. Wir wollen hoffen, daß es geschieht."

Und wir wollen weiter hoffen, daß, wenn jetzt in den Baumwollweberien mehr für die Seeresverwaltung gearbeitet wird, diese auch gegen die Lohndrückerei in den Baumwollweberien so zu Felde zieht, wie gegen die Lohndrückerei in der Bekleidungsindustrie.

Das Königl. sächsische Kriegsministerium hat verfügt, daß alle im Bereiche des stellvertretenden Generalcommandos des 19. Armeekorps wohnenden Unternehmer, die für auswärtige Kriegsbeleidungsämter oder deren Zweigstellen Nährarbeiten zur Anfertigung militärischer Bekleidungsstücke jeglicher Art von innerhalb des 19. Korpsbereichs wohnhaften Arbeitskräften ausführen lassen, verpflichtet sind, diejenigen Macherlöhne zu bezahlen, die das Kriegsbeleidungsamt des 19. Armeekorps für diese Anfertigungen festgelegt hat. Insbesondere ist auch den über die Auszahlung der Macherlöhne an die Arbeitnehmer getroffenen Bestimmungen gewissenhaft nachzukommen. Das Beleidigungsamt ersucht, die Verfügung des Königl. Kriegsministeriums mit dem Hinweis bekanntzugeben, daß es diejenigen Unternehmer, die sich der Nichtbefolgung vorkommender Anordnungen schuldig machen, dem Königl. Generalcommando namhaft machen wird.

Die Verfügung ist sehr zeitgemäß, sie darf aber nicht Halt machen vor den Betrieben, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen die Stoffe herstellen, aus denen durch Nährarbeiten militärische Bekleidungsstücke jeglicher Art angefertigt werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Textilunternehmer, besonders in Sachsen, große Neigung zur Lohndrückerei besitzen. Wenn nun die Produktion eingeschränkt werden sollte, also Arbeitskräfte frei werden, dann wird die Neigung zur Lohndrückerei bei manchem Unternehmer eher zu als abnehmen. Deshalb halten wir es für nötig, zum Schutze der Arbeiterschaft vor Lohndrückereien in der Textilindustrie von der Militärbehörde aus dieselben Maßnahmen zu ergreifen, wie für die Arbeiterschaft in der Bekleidungsindustrie.

Die Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft.

Von Dr. Heinz Potthoff.*)

Zu dem Maße, in dem die Feinde den Kampf auf das Wirtschaftsleben verlegt haben, sind die Pflichten jedes Staatsbürgers gewachsen. Neben die allgemeine Wehrpflicht ist die allgemeine Wirtschaftspflicht getreten.

Alle unermesslichen Erschwernisse der Lebensführung nehmen Deutschlands Familien gern und willig in den Kauf. Aber wir sträuben uns dagegen, daß der Krieg für gewisse Kreise ein gewinnreiches Geschäft werde. Wir schauern vor dem Gedanken, daß Bürger unseres Vaterlandes schmungelnd über den Krieg wüthieren; daß sie ihm eine recht lange Dauer wünschen, weil ihr Weizen im Unglück der Gesamtheit blüht.

Der Wunsch, den Krieg als Grundlage für persönlichen Gewinn auszunutzen, ist allgemein verbreitet. Da ist kein Unterschied zwischen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel, zwischen groß und klein, zwischen Stadt und Land. Wer etwas zu verkaufen hat, der nimmt die höchsten Preise, die er bekommen kann; ganz gleich, ob das deutsche Meer oder das rote Kreuz oder der hungernde Mitbürger Käufer ist. Und wer auf ein weiteres Steigen der Preise „hoffen“ kann, der hält seine Vorräte zurück, gibt auf Regierungsandrängen falsche Auskünfte, tut alles, was er kann, um die Volkswirtschaft zu vermehren und dadurch seinen Gewinn zu erhöhen. Alle Moral ist in diesen Zeiten des Weltkampfes auf das höchste gespannt, nur die Geschäftsmoral ist tief gesunken. Der Wucher ist allgemeine Verkehrsart geworden. Er wird auch als solche von Behörden anerkannt. Keine Handelskammer, keine Handwerkskammer, keine Landwirtschaftskammer, kein Fachverband hat sich noch gegen die Ausnutzung der Kriegsnot zur Verweigerung gewandt. Die Verwaltungsbehörden bekämpfen die übertriebene Ausnutzung wohl mit Höchstpreisen, mit Beschlagnahme usw., aber nicht mit den bestehenden ordentlichen Gesetzen. Diese würden vollständig ausreichen, wenn sie nur von Staatsanwälten und Gerichten angewandt würden. Aber es scheint, als wäre der § 263 des Reichsstrafgesetzbuches gegen Betrug und der § 302a gegen gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Wucher völlig außer Kraft gesetzt.

Ein solcher Widerspruch der Geschäftsmoral gegen die übrige Volkswirtschaft erklärt sich nur als Folge einer lang eingelebten falschen Auffassung des Wirtschaftslebens. Die moderne Wirtschaftsweise ist technisch ein ungeheurer Fortschritt, aber sie hat das Wirtschaftsleben auf den Kopf gestellt. Der Mensch ist nicht mehr Zweck der Wirtschaft, sondern nur noch ein Mittel zu einem höheren Zwecke: dem Geldverdienen. Einst war das Gewerbe eine Art von öffentlichem Amte, heute ist das einzige Ziel des Gewerbes, ebenso des Handels, der Landwirtschaft der Profit. Ob die auf den Markt geworfenen Kleider und Schuhe von Menschen getragen werden, und von welchen Menschen, ist dem Fabrikanten völlig gleichgültig, er will nur am Abzug verdienen. Häuser werden nicht mehr gebaut, damit Menschen wohnen können, sondern damit Grundstücke rentabel verwertet werden.

Leider ist die staatliche Wirtschaftspolitik mit auf den Frrweg gelaufen. Sie geht nicht von der Frage aus: Hier sind fast 70 Millionen Staatsangehörige, die sich nähren,

kleiden, wohnen, etwas lernen müssen; was kann geschehen, um ihnen die Nahrung, die Kleidung, die Wohnung usw. so reichlich und gut wie möglich zur Verfügung zu stellen? Sondern sie fragt umgekehrt. Zum Beispiel: Hier sind einige Millionen Menschen in der Landwirtschaft tätig. Was kann geschehen, um diese Tätigkeit gewinnreich zu machen, um die Rentabilität von Getreidebau und Viehzucht zu heben? Oder gar: Hier sind einige hundert Millionen im Kalibergbau angelegt; was muß geschehen, um diesem Kapital eine angemessene Verzinsung zu sichern? Unsere Politik geht aus von der Produktion statt vom Konsum. Im Interesse der Produktion und ihres Gewinnes beschränkt, verteuert sie den Konsum bestimmter Verbrauchsgüter. Als ob der Mensch auf der Welt wäre, um durch die Bezahlung bestimmter private Kapitalien rentabel zu machen!

Unter solchen Umständen ist es fast selbstverständlich, daß auch im Kriege die staatliche Wirtschaftspolitik nicht von den Konsumenten, sondern von den Produzenten ausgeht. Die erste wirtschaftliche Maßnahme des Bundesrates war eine Kontingentierung des Zuckers. Damit der Zucker, das einzige Nahrungsmittel, das im Ueberflusse vorhanden war, nicht durch Unterbindung des Auslandsabfahres billig würde. Als Höchstpreise für Korn eingeführt wurden, da waren sie höher als die höchsten Marktpreise des letzten Jahres, obgleich die letzte Ernte gut ausgefallen und ohne erhebliche Mehrkosten eingebracht worden war. Als die Kriegsgetreidegesellschaft ihre Mehlpreise herabsetzte, da wurde als selbstverständlich verkündet, daß die Brotpreise erst folgen könnten, wenn die älteren teuren Mehlvorräte aufgebraucht wären. Aber als die Enteisungspreise für Hafer nachträglich um 50 Mk. für die Tonne erhöht wurden, da hatte diese Maßnahme rückwirkende Kraft und die früheren Lieferanten bekamen den Aufschlag nachträglich geschenkt. Bei Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln haben die preußischen Minister es ausdrücklich ausgesprochen, daß die Landwirte tüchtig dabei verdienen sollten. Und als die drohende Kartoffelnot eine starke Abschächtung von Schweinen forderte, da zwang die Regierung alle großen Gemeinden, Riesenmengen von Dauerwaren aufzustapeln, damit ja die Schweine sich hoch im Preise halten konnten.

Bei solchen Anschauungen in Regierungskreisen ist es fast selbstverständlich, daß nur die Produzenten organisiert sind. Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel haben ihre antiken Kammern als Interessenvertretungen. Nur diese werden in der Regel als Gutachter herangezogen, ihrem Urteil legt die Regierung ein hohes Gewicht bei. Es ist aber ein Übel, daß die Produzenten nicht nur Sachverständige über die technische Seite ihrer Produktion sind, sondern auch über den Preis bestimmen sollen, den sie für die Produkte haben möchten. Hier muß ein Gegengewicht geschaffen werden in der Organisierung der Konsumenten. Diese hat nicht nur während des Krieges, sondern für die Dauer eine hohe Aufgabe. Denn es darf nicht so bleiben wie es bisher war.

Die Erkenntnis ist durch den Krieg gekommen und wird hoffentlich nicht wieder verloren gehen. Wir verdanken sie unserem schlimmsten Feinde, dem englischen Versuche einer Auslagerung Deutschlands. Die Absperrung der ausländischen Zufuhr hat uns genötigt, über eine rationelle Einrichtung unserer Ernährung nachzudenken, und wie eine Erleuchtung ist es über uns gekommen, daß die Nahrungsmittel in erster Linie des Konsums wegen da sind.

Natürlich können nicht alle einzelnen Maßnahmen, die in der Notzeit getroffen sind, unverändert fortbestehen; aber traurig wäre es, wenn sie beseitigt würden, ohne daß entsprechende Friedensmaßnahmen an ihre Stelle träten; wenn wir die große Lehre vergäßen, die England uns eingehämmert hat.

Aus den Nöten dieses Weltkrieges muß die gefestigte Ueberzeugung hervorgehen, daß der Mensch die Hauptfrage im Zeitalter und in aller Welt ist. Alle Wirtschaftspolitik muß vom Konsumenten ausgehen und fragen: Was kann geschehen, um die Millionen recht gut und reichlich mit allem zum Leben, zum Vorwärtskommen, zur Kulturfreude dienlichen zu versehen? Die Konsumenteninteressen sind ganz allgemeine Interessen. Deswegen kann der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen alle anständigen und sozial gesinnten Bürger und Bürgerinnen zur Mitarbeit aufrufen. Die organisierte Kraft des Verbrauchs ist eine Macht, wenn sie sich bewußt betätigt. Sie kann die gegenwärtige verkehrte Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik zur Umkehr zwingen; kann verhindern, daß auf die schweren, opferreichen Kämpfe von 1914/15 wieder wie nach 1870/71 eine Zeit rücksichtsloser Profitjagd und übelsten Geschäftschwindels folgt; sie kann die Grundlage einer sozialen Wirtschaftsverfassung legen, die sich auf dem Saue aufbaut, daß es für den Staat kein anderes, höheres Ziel geben kann, als recht viele gesunde, leistungsfähige, aber auch arbeitsfreudige, glückliche Menschen zu seinen Bürgern zu zählen.

Frauenarbeit und Kindererziehung.

Eine soziale Studie.

Es lohnt sich jedoch, auf die Ursachen dieser Erscheinung noch etwas näher einzugehen. Bei der Uebernahme der Beaufsichtigung sprechen neben den unten angeführten Gründen auch noch verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen mit, während die Pflege der Ziehkinder fast ausschließlich als Erwerb angesehen wird. Das System der Ziehkinder ist hier nämlich weit verbreitet. Arbeiterfrauen, die selbst viel Kinder in jungem Alter haben und aus diesem Grunde nicht in die Fabrik gehen können, Heimarbeiter (Wumpen- und Wollseiler) aber nicht übernehmen wollen, oder alleinstehende Frauen (namentlich Invaliden- und Unfallrentnerinnen) halten Ziehkinder, teils um auf diese Weise ein paar Mark mitzuerdienen, teils um das Einkommen aus der knapp bemessenen Rente zu erhöhen.

52 Arbeiterkinder im Alter von zehn bis vierzehn Jahren müssen sich bereits als Mitverdiener betätigen. Vielfach gibt es, aus dem Verdienst des Kindes die Kosten der Bekleidung

der bevorstehenden Einsegnung zu bestreiten. Aber auch zur Erhaltung der Familie müssen die Kleinen, um ihre Jugend verbaute Verdienere beitragen. Diese Kinder behalten kaum jübel Zeit übrig, um ihre Schularbeiten zu erledigen. Gewiß ein einwandfreies Zeichen dafür, daß wir in der besten der Welten leben.

Anzahl der Kinder, die die einzelne Frau zu versorgen hat. Tabelle 2.

Art der Beschäftigung	Gesamtzahl der Beschäftigten	Die arbeitenden Frauen haben Kinder						Gesamtzahl der Kinder unter 14 Jahren	Davon befinden sich in Kindertagesstätten	
		Keine Kinder	1	2	3	4	5			6
Sortierinnen	85	74	5	4	2	—	—	19	—	
Wolfrinnen	21	12	4	1	4	—	—	18	3	
Abputzerinnen	6	4	—	2	—	—	—	4	4	
Droffierinnen	151	67	35	35	10	3	—	160	51	
Auslegerinnen	141	48	52	24	8	4	2	156	72	
Andreherrinnen	338	108	107	67	38	13	5	464	141	
Auffestickerinnen	33	17	11	4	1	—	—	22	11	
Kettenschererinnen	30	14	15	1	—	—	—	17	13	
Weiferinnen	9	6	3	—	—	—	—	3	1	
Spinnerinnen	28	14	12	2	—	—	—	16	13	
Zwilerinnen	47	31	11	6	—	—	—	23	11	
Garnausgeberinnen	1	—	1	—	—	—	—	1	—	
Beschirreinzieherinnen	2	2	—	—	—	—	—	—	—	
Weberrinnen	151	54	48	29	12	5	—	168	68	
Beiekerinnen	1	—	—	—	—	1	—	5	—	
Ablegerinnen	36	18	9	8	1	—	—	28	5	
Stüldenpugerinnen	49	17	8	18	4	1	—	65	18	
Ausnäherinnen	28	15	11	2	—	1	—	19	4	
Stüldenpugerinnen	17	9	5	—	2	1	—	15	4	
Prefferinnen	9	8	1	—	—	—	—	1	1	
Paderinnen	10	6	2	2	—	—	—	6	2	
Doderinnen	1	1	—	—	—	—	—	—	—	
Dedenegerinnen	1	—	—	—	1	—	—	3	1	
Einschlagerinnen	3	3	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	1198	528	340	205	83	33	9	6	1213	423

1 Eine Frau hat 7 Kinder.

Aus Tabelle 2 ist zu ersehen, wieviel Kinder die einzelne Frau besitzt. Danach haben 340 Frauen ein Kind, 205 haben zwei, 83 haben drei, 33 haben vier, 9 haben fünf und 6 Frauen haben sechs resp. sieben Kinder unter vierzehn Jahren. Was wir früher an dieser Stelle schon einmal sagten: daß es den verheirateten Frauen bei steigender Kinderzahl unmöglich wird Fabrikarbeit zu verrichten, bestätigt die Tabelle voll und ganz. Das Ziehgeld würde den meistens doch nur niedrigen Verdienst restlos verschlingen. Von 1198 arbeitenden Frauen haben 528 keine, 545 bis zu zwei Kindern, nur 125 Frauen haben drei und mehr Kinder. Bei den kinderlosen Arbeiterinnen und denen mit wenigen Kindern spielt das Alter eine erhebliche Rolle, wie die folgenden Tabellen 3 und 4 beweisen.

Alter sämtlicher Frauen und das Alter ihrer Kinder.

Tabelle 3.

Alter der Beschäftigten Frauen Jahre	Gesamtzahl derselben	Davon haben unter 14 Jahren keine Kinder	Davon haben unter 14 Jahren ein Kind	Die Kinder stehen im Alter bis zu Jahren													
				1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
20—25	123	83	40	95	20	31	20	12	11	—	—	—	—	—	—	—	—
26—30	193	142	51	246	11	37	37	39	30	21	18	23	14	10	2	2	2
31—35	202	156	46	302	8	11	18	20	20	33	29	26	23	36	23	28	20
36—40	200	144	56	315	10	9	11	22	15	16	24	28	27	24	29	43	46
41—45	150	98	52	171	1	8	2	7	8	11	11	10	10	24	16	26	24
46—50	110	34	76	60	—	—	—	1	2	3	2	8	6	6	3	11	13
51—55	100	11	89	22	—	—	—	—	1	—	2	1	4	3	8	1	2
56—60	120	2	118	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
u. darüber																	
Zuf.	1198	670	528	1213	50	96	88	101	86	85	84	98	81	104	76	113	108

1 Zwei Frauen sind unter 20 Jahre alt.

Alter sämtlicher Frauen und Anzahl der Kinder.

Tabelle 4.

Alter der Beschäftigten Frauen	Gesamtzahl derselben	Die arbeitenden Frauen haben Kinder						Gesamtzahl der Kinder unter 14 Jahren	
		Keine Kinder	1	2	3	4	5		6
20—25 Jahre	123	40	70	8	3	—	—	95	
26—30	193	51	72	50	15	6	1	246	
31—35	202	46	54	56	31	7	3	302	
36—40	200	56	63	43	21	13	4	315	
41—45	150	52	37	33	11	6	1	171	
46—50	110	76	30	10	2	1	—	60	
51—55	100	89	12	5	—	—	—	22	
56—60	120	118	2	—	—	—	—	2	
und darüber									
Zusammen	1198	528	340	205	83	33	9	6	1213

1 Zwei Frauen sind unter 20 Jahre alt. 2 Eine Frau hat 7 Kinder.

Tabelle 3 zeigt das Lebensalter sämtlicher Frauen und dasjenige ihrer Kinder. Weiter ist daraus auch zu ersehen, in welchem Alter die Frauen stehen, die keine Kinder haben. Viele der älteren Arbeiterinnen sind sicher nicht kinderlos gewesen, die Kinder sind entweder jung gestorben oder bereits über vierzehn Jahre alt. Allerdings ist auch das Problem des Geburtenrückganges nicht ohne Einfluß auf die Anzahl der vorhandenen Kinder in den Arbeiterfamilien. Dadurch, daß die Ehefrau des Arbeiters mit ihrem Verdienst zur Erhaltung der Familie beitragen muß, macht sich das Bemühen nach Einschränkung der Kinderzahl geltend. Für die zur Fabrikarbeit gezwungene Arbeiterfrau bedeutet die wachsende Kinderzahl keine Vermehrung der Mutterfreuden und des Mutterglücks, sondern jedes neugeborene Kind bringt ihr steigende Plagen und Sorgen. Das vorstehend Gesagte findet in der Tabelle 4 seine glatte Bestätigung. Jedes Arbeiterhepaar strebt bewußt oder unbewußt dahin, möglichst eine „moderne“ Ehe zu führen, d. h. eine Ehe ohne Kinder. Ein sprechender Beweis der sozialen Zustände, unter denen die Arbeiter leben. Die große Anzahl in jüngeren Jahren befindlicher kinderloser Frauen und derjenigen, die nur ein oder zwei Kinder haben, läßt ohne weiteres den Schluß zu, daß in Arbeiterkreisen die kinderlosen Ehen angestrebt werden und daß das Ein- resp. Zweifinderhepaar nicht nur in Frankreich viele Anhänger hat. In diesem Streben machen sich die

*) Nach seinem Vortrag im Bezirksausschuß für Konsumenteninteressen in Düsseldorf, der ausführlich im Julihefte des „Monistischen Jahrbuchers“ veröffentlicht ist.

Folgen unserer Wirtschaftspolitik deutlich bemerkbar, denn der schöne Widerspruch von den Lilien auf dem Felde findet auf kinderreiche Familien ebensowenig Anwendung, wie auf alle anderen, bei denen trotz aller Arbeit und Mühe der karge Verdienst nur von der Hand in den Mund reicht.

Eine Sitzung von Vorstandsdelegierten

der links- und rechtsrheinischen Gaue fand am 11. Juli im Volkshaus in Köln a. Rh. statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Regelung der Stellvertretung für den Kollegen Steinbrink; 2. Verbandsangelegenheiten. Zum 1. Punkt führte Kollege Hübsch - Berlin eingangs u. a. aus, daß eine Gauleiterkonferenz in Verbindung mit dem Vorstand beschließen habe, daß in den Fällen, wo ein Gauleiter zum Seeresdienst einberufen würde - bis jetzt sind die Kollegen Zwahr und Steinbrink einberufen - eine Sitzung der Vorstände des Gaus stattfinden soll, welche über die Vertretung des Gauleiters zu beschließen habe. Die Regelung der Vertretung empfehle sich möglichst ohne besondere Kosten. Der Vorstand empfehle, den Gau Rechtsrhein durch den Gauleiter des Gaus Linksrhein, den Kollegen Brüggemann, mit zu verwalten zu lassen, sei aber etwaigen praktischen Vorschlägen nicht abgeneigt. Kollege Hübsch begründet diesen Vorschlag näher.

Durch einstimmigen Beschluß wurde nach kurzer Aussprache der Kollege Brüggemann mit der Verwaltung des rechtsrheinischen Gaus in Vertretung des Kollegen Steinbrink beauftragt. Die Gauvorstandsitzungen sollen gemeinsame sein. - Zu dem 2. Punkt führte der Kollege Hübsch u. a. aus, daß während des Krieges Lohnbewegungen im früheren Rahmen nicht geführt werden können, jedoch könnten Teuerungszulagen mit Recht gefordert werden. Die Organisation sei nicht untätig gewesen, u. a. seien vielerorts Teuerungszulagen gefordert worden. Allerdings sei im Verhältnis zu der Verteuerung der Lebensmittel nur wenig dabei herausgekommen. Genaues Material müsse daher gesammelt und eingeleitet werden, damit später den Unternehmern nachgewiesen werden könne, in welcher Weise sie den verteuerten Verhältnissen „Rechnung“ getragen. Das sei um so mehr notwendig als jetzt schon der „Kontektionär“ sich bemühe, die Bewilligungen in der Textilindustrie in schönsten Lichte zu zeigen. Es würden den Fiskalen entsprechende Fragebogen zugehen, um deren Ausfüllung man besorgt sein solle. - Dann machte der Vortragende auf die Gefahr der Einschleppung russisch-polnischer Arbeiter in der Textilindustrie Deutschlands aufmerksam. In der Bergindustrie, wo in der Tat Arbeitskräfte fehlten, würden viele aufgenommen. Zwang und andere, den Arbeitern nachteilige Umstände verschuldeten es aber, daß die polnischen Arbeiter in der Textilindustrie Arbeit nachsuchten und auch vielfach Aufnahme fanden. An diese Arbeiter aber sei unsererseits schlecht heranzukommen, und so benutzten die Unternehmer dieselben als Pressionsmittel auf die einheimische Arbeiterschaft. Wenn man auch den ausländischen Arbeitern den Arbeitsmarkt nicht verschließen wolle, so müsse doch in erster Linie für die einheimische Arbeiterschaft Arbeitsgelegenheit beschafft und die Arbeitslosen untergebracht werden. Auch in dieser Frage müsse Material gesammelt werden, es sei daher notwendig, daß in jedem einzelnen Falle, wo ausländische Arbeiter in der Textilindustrie Aufnahme fanden, dem Zentralvorstand Bericht erstattet würde. - Redner begründete dann noch die Notwendigkeit der Ablehnung der von einigen Orten gestellten Anträge auf Wiedereinführung der Krankenunterstützung und Erhöhung der jetzt bestehenden Unterstützungsätze für Arbeitslose. Die Beitragsleistung sei wesentlich gesunken. Durch die Einziehung der männlichen seien jetzt die weiblichen Mitglieder überwiegend, mit durchgängig niedrigeren Beiträgen. Der Geschäftsgang sei sehr schlecht, insbesondere in der Zute-, Wirkerei-, Handschuh-, Damenstrumpfbranche usw. Einzelne Zweige lägen fast vollständig danieder, wodurch die Beitragsleistung stark beeinflusst sei. Zudem müsse an die zurückkehrenden Krieger gedacht werden, und zwar um so mehr, als voraussichtlich in der Uebergangszeit nach dem Kriege ein guter Geschäftsgang nicht eintreten werde, da der Export erst wieder angebahnt werden müsse. Hieraus folge dann weiter, daß wir uns zu Abwehrmaßnahmen nach dem Kriege stark halten müssen, da erfahrungsgemäß die Unternehmer, wenn sie die Konjunktur geschäftlich nicht ausnutzen könnten, dann durch Lohndruck sich einen erhöhten Gewinn zu verschaffen suchen würden. Solchem Vorgehen müßten wir nach dem Kriege entgegenzutreten, das sei für die Mitglieder vor besonderem Interesse; eine zu weitgehende Forderung der finanziellen Mittel müsse darum vermieden werden. - Die Aussprache bewegte sich im Rahmen des Vortrages und wurde durch Situationsberichte aus den einzelnen Orten noch erweitert. Verschiedene Redner bedauerten, daß die Unterstützungsanträge abgelehnt werden mußten, jedoch anerkannten alle die Notwendigkeit der Ablehnung.

Generalversammlung des Dänischen Textilarbeiterverbandes.

Es war die 14. ihrer Art, die in den Tagen vom 28. Juni bis 2. Juli 1915 in dem mit den Bannern der Abteilungen geschmückten Saale des „Volkshauses“ zu Kopenhagen, Dagtvej 69, stattfand. Sie war besetzt aus 29 Ortsvereinen mit 96 Delegierten, darunter 14 weiblichen. 2 Ortsvereine waren nicht vertreten. Außerdem waren anwesend 13 Mitglieder der Hauptverwaltung und 2 Revisoren. Als Gäste waren auf dem Kongreß anwesend als Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes Kollege Zehms - Berlin, vom Schwedischen Textilarbeiterverband Kollege Janzén - Norrköping und vom Norwegischen Arbeitsmannsverband Kollege P. Fjeld. Als Vertreter der dänischen Generalkommission war Genosse Madjen anwesend.

Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige und umfaßte 17 Punkte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende des Verbandes, Kollege J. J. Möller, die Delegierten und Gäste. Redner war besonders erfreut, daß auch die deutschen Kollegen, trotzdem sie unter den Kriegswirren zu leiden haben, einen Vertreter zu diesem Kongreß entsandten. Er versicherte auch den deutschen Arbeitern die Sympathien der dänischen Arbeiter. Der Internationale Sekretär, Kollege Scham, habe auf die ihm zugegangene Einladung zu diesem Kongreß geantwortet, daß er jetzt keine Zeit

habe. Kollege Möller war mit dieser Antwort sehr unzufrieden.

Als erster der Gäste nahm Kollege Zehms das Wort und überbrachte dem Kongreß die Grüße des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Wenn wir auch jetzt, sagte er, mit zu den kriegführenden Staaten gehören, so hoffen wir doch, nach Abbruch des Krieges allen ausländischen Kollegen wieder die Bruderhand entgegenstrecken zu können, um auch dann wieder zu beweisen, daß die Internationale der Arbeiterbewegung kein leerer Hohn war. Redner schilderte dann Stand und Wirken der deutschen Gewerkschaften während des Krieges, besonders unseres Verbandes, und erwähnte dabei auch gleichzeitig, daß der deutsche Verband schon 1300 Mitglieder als Kriegsoffer zu beklagen habe. (Bewegung.) Aber auch auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete haben die Gewerkschaften und die Partei zusammen für die vom Weltkriege betroffene Arbeiterschaft bei der Regierung Schritte unternommen, um die durch den Krieg herbeigeführten Lasten mildern zu helfen, und haben dabei auch anerkennenswerte Unterstützung bei der Regierung gefunden. Aber nicht allein in den kriegführenden Staaten hat die Arbeiterschaft zu leiden, sondern auch in den neutralen. Hoffen wir, daß dieser Krieg bald sein Ende finden möge, damit die ganze Menschheit von diesem Alp befreit wird. (Beifall.)

Kollege Janzén (Schweden) beklagte lebhaft den schlechten Stand des Gewerbes, welchen die Unternehmer benutzten, die Löhne zu reduzieren. Der Handelskrieg zwischen England und Deutschland verursachte Mangel an Rohstoffen, so daß man daran denke, den Betrieb ganz oder teilweise einzustellen oder bei verkürzter Arbeitszeit zu arbeiten. Trotz aller Unbilden müsse es das Bestreben der skandinavischen Arbeiter sein, sich außerhalb der Kriegswirren zu halten. (Beifall.)

Kollege P. Fjeld (Norwegen) betonte, daß er zum erstenmal als Vertreter der norwegischen Kollegen auf einem dänischen Kongreß erscheine. Die besonderen Verhältnisse unter den norwegischen Textilarbeitern hätten bewirkt, daß die Kollegen Norwegens früher nie eine Einladung erhielten. (Die Textilarbeiter Norwegens haben keine eigene Organisation; sie sind dem Arbeitsmannsverband angeschlossen. Anm. d. B.) Redner schilderte die schwierigen Verhältnisse, die der Organisierung der norwegischen Textilarbeiter entgegenstehen. Er hofft aber, daß die Hindernisse sich in Zukunft würden überwinden lassen. Zwar habe der Krieg weitere Schwierigkeiten gebracht, doch auch dieser hoffe man Herr zu werden. (Beifall.)

Der Vorsitzende der dänischen Generalkommission, Genosse Madjen - Kopenhagen, drückt seine Freude darüber aus, daß ausländische Delegierte vertreten seien, besonders aber freute er sich über die Anwesenheit des Vertreters des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Ich bitte, sagte er, unseren deutschen Gast, wenn er wieder nach Hause kommt: Ueberbringe die herzlichsten Grüße den deutschen Arbeitern! Wir wünschen den deutschen Arbeitern alles Gute, denn wir wissen, daß sie an dem Weltkriege nicht schuldig sind. Wir begrüßen ihre Anstrengungen, den Frieden bald wieder herbeizuführen; hoffentlich ist ihre Arbeit von Erfolg gekrönt. Wir wissen auch, daß die Arbeiter-Internationale nicht tot ist, sie kann wohl für eine Zeit lahmgelegt werden, aber sicher wird sie in einigen Jahren zu neuer Arbeit sich zusammensuchen. (Starker Beifall.)

Man trat dann in die Tagesordnung ein.

Der Vorsitzende, Kollege Möller, gab den Bericht des Vorstandes. Die Haupttätigkeit der Verbandsleitung war die Einhaltung der Tarife. Die Arbeitgeber haben die Tarife auf die eine Weise und die Arbeiter auf die andere Weise ausgelegt. Und das gab genug Arbeit. Es gibt in ganz Dänemark keinen Tarif, der nicht Gegenstand eines Mißverständnisses wäre. Im allgemeinen verstehen aber doch die Arbeiter mehr vom Tarifwesen als die Unternehmer. - Auch die Lehrlingsverhältnisse in den Fabriken sind keine idealen und mußte infolgedessen auch oft das Tariffriedsgericht angerufen werden. Es gibt in den seltensten Fällen gelernte Spinner, trotzdem man Lehrlinge genug hat. Meist hat man einen Spinmeister, der entweder weibliche Arbeiter oder ganz junge Leute unter sich hat. Wir haben verschiedene Klagen aus verschiedenen Orten durch die Arbeiter, wo die Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht dem Tarif entsprachen. - Die Tricotfabrikanten haben eine besondere Organisation. Mit dieser hatten wir manche Bläderei, da sie ihre Arbeiter von der Organisation zurückzuhalten suchten. Auch heute noch arbeiten viele unorganisierte Arbeiter in diesen Fabriken, außerdem gehören etwa 50 davon dem christlichen Gesamtverband an. Dieser Verband, sagt Möller, treibt Streikbrecherei und hat versucht, in einigen Fällen unsere Lohnbewegung zu verfrachten. Er hatte aber damit kein Glück, denn die Fabrikanten sahen bald ein, daß mit dieser Gesellschaft keine Seide zu spinnen sei. Nach einiger Zeit mußten sie sie in allen Fällen wieder abziehen und den freigestellten Arbeitern ihre früheren Plätze wieder überlassen. Es kommen uns oft Klagen zu Ohren, daß die Arbeitgeber die Arbeiter in Strafe nehmen, aber nach Ansicht unseres Rechtsanwalts sind sie nicht dazu berechtigt. Die Arbeiter brauchen sich solche Abzüge nicht gefallen zu lassen und werden sie bei Widerspruch entlassen, sei dies ungeschicklich. - Dann wird weiter darüber gesagt, daß die meisten Arbeiter zu den Minimallöhnen beschäftigt werden, so daß der Minimallohn fast zum Maximallohn geworden ist. Die Unternehmer sollen aufgefordert werden, mit diesem System zu brechen. - Die Mitgliederzahl betrug am 31. März 1913 4615 und am 31. März 1915 5843.

Allgemeine Wochenschau.

Notiz einer Mutter.

Der „Aheinischen Zeitung“ in Köln ging von einer Kriegerfrau, die Mutter von 7 Kindern ist, folgenden Schreiben zu: „Für mich und meine sieben Kinder, das älteste dreizehn Jahre, das jüngste 21 Monate, bekomme ich 108 Mk. Unterstützung im Monat. Davon muß ich 15 Mk. Miete zahlen und 4 Mk. Abzahlung auf eine Nähmaschine, die ich in meinem Haushalt dringend nötig habe. Dann kommt erst der Lebensunterhalt und Verschleiß von Kleidern, Schuhe, Wäsche usw. und alles andre. Dieses alles von 108 Mk. im Monat. Seit dem 5. August 1914 steht mein Mann im Felde. Es wurden mir aber in diesem ganzen Jahre noch keine Pons aus der Kriegssammlung gewährt.

Mein Armenpfleger wies mich ab mit dem Bemerkten, die Pons seien in der Hauptsache für Familien mit geringer Kinderzahl. Ich hätte ja viele Kinder und bekäme auch vieles Geld. Ich habe mir das ganze Jahr hindurch, wo mein Mann für das Vaterland im Felde steht, immer selbst durchhelfen müssen. Aber heute weiß ich nicht mehr aus und ein. Darum habe ich meinen Armenpfleger nochmals angesprochen, wurde aber wieder abgewiesen. Er dürfe nichts geben. Nach zweitägigem Laufen bekam ich dann nun einen Pons auf 2 Mk., wovon wir einige Tage leben mußten, bis ich am Montag den 2. August neue Unterstützung bekam. Meine Kinder habe ich mit geschenktem Brot nach der Schule schicken müssen, da ich andres nicht für sie hatte. Diese Kinder leiden jetzt an Unterernährung, und ich glaube nicht, daß sie kräftige Soldaten werden, wenn das Vaterland noch einmal von Feinden umdroht ist. Gätte ich auch zum Geburtenrückgang beigetragen, so stände ich jetzt nicht in diesem Elend da. Mir, als Mutter von sieben Kindern, steht der Kopf nicht nach Kino und Konditorei. Ich denke doch auch, daß ich als Mutter von sieben Kindern nicht in eine Fabrik oder sonstigen Betrieb gehöre, sondern zu Hause in meinen Haushalt. Eine Frau, die sich in ihrer Not etwas hinzuerdient, muß es ja noch verschweigen, da ihr sonst abgezogen wird. Ich bin doch der Meinung, daß diejenigen, die das Gehalt von ihren Männern weiterbezahlen, eher Abzüge ertragen könnten, als einer Frau, die sich aufopfert und nebenher noch aus ihrem Haushalt gehen und draußen arbeiten soll.“

Die Ansicht, die im vorliegenden Falle zu der total verkehrten Maßnahme geführt hat, der Kriegerfrau mit 7 Kindern private Unterstützung zu sperren, um sie Kriegerfrauen mit wenig Kindern zu geben, mutet an, wie ein Streich der Bürger von Schilda. Leider ist die Ansicht sehr weit verbreitet, daß es einer kinderreichen Kriegerfamilie besser ergehe, wie einer weniger kinderreichen, da die erstere ja mehr Unterstützung bekomme. Das ist aber gar nicht wahr! Denn jede gesunde Vernunft muß sich doch sagen, daß für die Ernährung der Kinder von Kriegerfamilien nur die relative, d. h. die pro Kopf gezahlte Unterstützung in Betracht gezogen werden kann; die aber ist für alle Kriegerkinder gleich hoch. Es ist doch aber selbstverständlich, daß in einer kinderreichen Familie weit mehr Sonderausgaben entstehen, wie in einer kinderarmen und daher eine kinderreiche Familie viel leichter in bittere Not gerät. Solchen Familien die private Unterstützung zu sperren, um sie kinderarmen Familien zu geben, ist gelinde gesagt, ein grandioser Schildbürgerstreich.

Pfui, ihr Hausagrarier.

Der „Stadt-Anzeiger“ in Köln (Nr. 354) veröffentlicht in „Sprechsaal“ folgenden Aufsatz über die „Wohnungsnot der Kriegerfrauen mit Kindern“:

Es ist nur ein Bedürfnis, zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, daß eine Kriegerfrau, deren Mann seit zehn Monaten im Felde steht, für den 1. August keine Wohnung bekommen kann. Die Frau ist Witwensfrau und hat drei Kinder; sie sieht sich durch Rückgang des Geschäfts veranlaßt, die Wirtschaft aufzugeben. Trotz mehrerer Nachfragen auf Zeitungs-Anzeigen ist es dieser Frau nicht möglich, eine Wohnung zu bekommen. Von einigen Vermietern wird ihr gesagt, daß sie an Kriegerfrauen keine Wohnung vermieten, auch wenn die Miete im voraus bezahlt wird. Wieder andere wollen ihre Wohnungen nur an solche Familien vermieten, die im höchsten Falle zwei Kinder haben. Ich möchte nun mal anfragen, was die Frau mit ihren armen drei Kindern anfangen soll, und ob Kriegerfrauen, die doch in erster Linie auf Fürsorge Anspruch haben, keine Wohnungen bekommen können. Nachstehend noch zur Kenntnis, daß genannte Frau eine Wohnung bekommen kann, wenn die geforderte Miete für ein Jahr im voraus sichergestellt wird! Wer schafft da Abhilfe?

S. E. Für die Kölner Hausagrarier ist das hier bekanntgewordene eine zum Himmel schreiende Schande. Hoffentlich ist es möglich, die Namen dieser Schändlichen festzustellen und sie der öffentlichen Berachtung preiszugeben.

Und noch ein Pfui!

Die Frau eines im Felde stehenden organisierten Steinarbeiters, Mutter von drei Kindern, hatte in der neuen Baumwollspinnerei in Bayreuth Arbeit gefunden und war bei der Teuerung froh, zu der Reichsunterstützung einen regelmäßigen Verdienst zu haben. Vor kurzem erhielt sie plötzlich ohne Anlaß die Entlassung angekündigt. Als sie nach der Ursache fragte, wurde ihr angedeutet, daß ein Brief an die Fabrikleitung gekommen sei und daß sie „halt doch im Verbands“ sei. Es half nichts, daß die Frau versicherte, sie sei nicht mehr im Verbands (sie war tatsächlich ausgetreten), sie mußte gehen.

Und das nennt man Burgfrieden! Wenn schon jetzt die Brotlosmachung von Arbeitern erfolgt, die auch nur unter dem Verdacht stehen, organisiert zu sein, ein Verdacht, der obendrein noch falsch ist, dann kann man sich leicht vorstellen, was kommen wird, wenn der Krieg zu Ende ist. Textilarbeiter, schließt die Reihen!

Münsterländische Prozigkeit.

Der christliche Textilarbeiterverband hatte sich an den Kommandeur des 7. Armeekorps gewandt mit dem Antrage, es möchten Einrichtungen zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis geschaffen werden. Darauf hatte die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände auf Veranlassung der Textilindustriellen die ihr angeschlossenen Vereinigungen „auf das dringendste“ davor gewarnt, „derartigen paritätischen Schlichtungskommissionen, gleichviel in welcher Industrie, Vorstoß zu leisten“. Das Blatt des christlichen Holzarbeiterverbandes widmet dem Vorgang einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Unverbesserlich“, und worin den „bekannten Herrschaften in der Großindustrie“ gesagt wird, sie hätten „anscheinend auch durch den Krieg noch nicht gelernt, die Arbeiterklasse besser wie bis dahin zu bewerten. Trotz der gemeinsamen Kämpfe, Opfer und Entbehrungen im Felde, gibt es immer noch Männer in der Großindustrie, die es anscheinend unter ihrer Würde halten, mit den Arbeitervertretern zusammen am Tisch über gewerbliche Dinge und Notwendigkeiten zu beraten“. Das Mundschreiben atme „denjenigen „arbeiterorganisationsfeindlichen“ Geist, den wir immer bei diesen Herrschaften gewohnt waren. Sie haben in den letzten zehn Monaten weder um- noch zugelernt“.

Soziales.

Der Kampf um die Unfallrente muß auch unter dem „Burgfrieden“ fortgesetzt werden; wo das nicht geschieht, kann der Rentenanspruch auch unter dem „Burgfrieden“ und trotz Lebensmittelerhöhung leicht zu kurz kommen.

„Ich bezahle mein Geld an die Genossenschaft und verlange, daß meine Arbeiter auch die ihnen zustehende Rente erhalten.“

Soziale Rechtsprechung. Galt sich der im feindlichen Ausland kämpfende Krieger im Sinne der Reichsversicherungsordnung im Auslande auf?

Berichte aus Fachreisen.

Krefeld. Als Opfer des Krieges fiel in Rußland der Rechtsanwalt Peter Edel von hier.

Landeshut i. Schles. Eine am 4. August abgehaltene öffentliche Textilarbeiterversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs.

Vorräte verderben, als daß man sie zu normalen Preisen verkaufte. Abgesehen von einigen Ausnahmen der Selbsthilfe habe sich die Arbeiterschaft dies ruhig gefallen lassen.

Plauen i. B. Die Leitung unseres Gau's Vogtland hatte im Auftrage der Arbeiterschaft an die Unternehmer des Textilgewerbes Eingaben um Gewährung von Feuerungszulagen gerichtet.

Unser Gauleiter behauptete: Mädchen erhielten in der Dampferei und Warenaufbewahrung vor Ausbruch des Krieges 20 Pf. Stundenlohn; er wurde mit Ausbruch des Krieges auf 15 Pf. herabgesetzt.

Sommerfeld. Nach langem Warten hat sich jetzt auch die Firma Bernhard Geddt mit drei Betrieben herbeigelassen, Kriegszulage an die Arbeiter, und zwar an alle zu zahlen.

für weibliche Ledige und Jugendliche 2 Mk. pro Monat. Die Kriegszulage wird an alle Arbeiter resp. Arbeiterinnen gezahlt, welche über 4 Wochen in diesen Betrieben obiger Firma beschäftigt sind.

Literatur.

In „Freien Stunden“ — ein neuer Halbjahrsband. Der Schatz guter Erzählungsbücher, den unser Berliner Parteiverlag seit Jahren für das arbeitende Volk herrichtet, hat sich um ein neues Stück vermehrt.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 15. August, ist der

33. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 3. Köln a. Rh.: Kollege Toppel eingezogen. Sendungen an Frau Franz Toppel, Heinrichstr. 2, 3 Tr.

Gau 4. Gronau i. B.: Kollege Leopold eingezogen. Sendungen an Lambert Ginnen, Mühlenmathe 46, 1 Tr., Bureau des Textilarbeiterverbandes.

Nordhorn (Grafschaft Bentheim): V. Albert Hermelin, Frensdorf bei Nordhorn (Grafschaft Bentheim), Winkelstr. 2.

Gau 6. Karlsruhe i. B.: Kollege Hipp eingezogen. Sendungen an Hans Prull, Wilhelmstraße 47.

Gau 8. Göttingen, S.-M.: K. Oskar Rudowski, Gröfstr. 35.

Gau 8. Zwöben an der Elster: Kollege Schmidt eingezogen. V. Hermann Heuschlag, Ruckdelschtr. 4.

Gau 12. Meichenbach in Schl.: Kollege Drieschner eingezogen. Sendungen an Frau Auguste Drieschner, Ring 42.

Schweidnitz: Kollege Hilfer eingezogen. V. Ernst Kluge, Angerstr. 16.

Gau 13. Sorau, N.-L.: Kollege Dietrich eingezogen. Wittstock a. d. D.: Kollege Klebb eingezogen. Sendungen an den Kassierer.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Brandenburg. Auguste Pierczynski, Arbeiterin, 61 J., Herzlähmung.

Chemnitz. Emil Zimmermann, Appretur, 26 J., Kehlkopfleiden.

Greiz. August Schenderlein, Caselwitz, Weber, 79 J., Altersschwäche.

Neustadt i. D.-Schl. Julius Böhm, Färber, 57 J., Heubügel, Arbeiter, 36 J., Marie Hiller, 26 J.

Reichenbach i. B. Elsa Müller, Spinnereiarbeiterin, 19 J., Lungentuberkulose.

Zwidau. Johannes Mai, Weber, 31 J., Lungentuberkulose.

Zwöben. Marie Reza, Spinnereiarbeiterin, 45 J., Lungentuberkulose.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Barmen. August Langenbruch, Wäschebandwinder, 28 J., Hermann Sandweg, Strangfärber, 30 J., Karl Kölsch, Druckereiarbeiter, 25 J., Blombacherbach, Ernst Gernand, Riemendrehler, 28 J., Paul Schulte, Mädebandwinder, 33 J., Lichtenplag.

Berlin. Herbert Lehmann, Färbereiarbeiter, 23 J. (Bezirk Köpenick) Otto Koppe, Wäscher, 26 J., Karl Brandt, Wäscher, 30 J.

Bremen. Ludwig Schneider, Wäscheereiarbeiter, Burgdam, Johann Mah, Spinnereiarbeiter, 27 J.

- Berg (Elster). Erich Bohnitz, Hilfsmeister. Chemnitz. Erich Böttcher, Ausdrücker, 21 J. Grimmitzschau. Johann Stahl, Wirt, 35 J., Max Kömer, Gaslanz, Weber 34 J. Freiburg i. Schl. Paul Müller, Gustav Förster. Fürstentum. W. Wieje, Rauen. Greiz. Franz Zeiß, Färbereiarbeiter, 30 J., Albin Frenzel, Kurischau, Weber, 32 J. Ebnstein-Grünthal. Erik Arnold, Färber, 20 J., Alban Spindler, Bleicher, 35 J. Kirchberg u. Umg. Richard Großmann. Krefeld. Emil Kühnen, Drucker, 25 J., Franz Jadel, Weber, 25 J., Peter Krings, Kartenschläger. Langenbielau. Oskar Grieger, Mangleereiarbeiter, 23 J., Ludwig Minkhardt, Weber, 25 J. Langenfalza. Walter Girt, Weber, 20 J. Magdeburg. Bodenmüller, 27 J. Meiningen. Gotthilf Schacht. Mühlhausen i. Th. Chr. Mojchau, Strider, Ernst Weisenborn, Strider, Artur Gramer, Strider. Neustadt i. B. Walter Geher, Brostau-Dungersgrün. Paul Senfel. Neustadt i. D.-Schl. Alfons Scholz, Weber, 24 J. Reichenbach i. B. Paul Ködel, Appreturarbeit, 24 J. Weichenbach i. B. Georg Feneis, Zeulenroda. Oswald Werner, Strider, 23 J. Zwöben. Theodor Schimmel, Anleger. Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Gschlowe. Sonnabend, 21. Aug. Schlotheim. Sonnabend, 21. Aug.

Zahlstellen und Zahltermine.

Berlin. (Moabit.) Waldstr. 12 bei Schlemann. — (Norden.) Brunnenstr. 79 bei R. Döhling. — (Neufölln.) Bietenstr. 60 bei Kramer. — (Brix.) Kirchhoffstr. 41 bei Wolff. — (Mummelsburg.) Hauptstr. 87 bei G. Poczontek. — (Charlottenburg.) Volkshaus (Restaurant), Rosinenstr. 3.

Jeden Freitag.

Berlin. (Zentralstelle.) Abends 5-9 Uhr, Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. (Telephon: Königsstadt Nr. 1873.) — (Sticker.) 8-10 Uhr bei Eiste, Wallstr. 32/33.

Nowawes. Abends 8-9 Uhr bei Hietze, Wallstr. 55.

Jeden Sonnabend: Berlin. (Potsdamer.) Abends 6-8 Uhr bei Lohan, Neue Jakobstr. 26. — (Defat. u. Preffer.) Abends 7-8 Uhr bei Radke, Neue Jakobstraße, Ecke Zinselstraße. — (Hand- u. Schiffenfelder u. Hilfsperonen.) Abends 8 1/2 bis 10 Uhr bei Friedr. Voh, Weberstraße 6. — (Weissenfee.) Abends 6 bis 8 Uhr bei Paulich, Lehberstr. 5.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 14. August.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit dem vererbten Artikel Hermann Krätzig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.